



**EUROPÄISCHER RAT
DER PRÄSIDENT**



Brüssel, den 30. Januar 2012 (31.01)
(OR. en)
EUCO 15/12
PRESSE 29
PR PCE 12

**Presseerklärung des Präsidenten des Europäischen Rates,
Herman Van Rompuy, im Anschluss an die informelle Tagung
der Mitglieder des Europäischen Rates**

Guten Abend,

heute haben wir an mehreren Fronten Beschlüsse gefasst, um das Vertrauen in unsere Volkswirtschaften wiederherzustellen.

Im letzten Jahr mussten die europäischen Staats- und Regierungschefs schwierige und manchmal schmerzhaft Maßnahmen ergreifen, um den Euro-Raum zu stabilisieren, aber das war notwendig, wie Sie alle wissen — und jetzt sehen wir allmählich, dass sich die Anstrengungen gelohnt haben.

Wir sind uns aber bewusst, dass Finanzstabilität an sich nicht ausreicht, um die Wirtschaftskrise zu überwinden. Wir müssen mehr tun, insbesondere was Wirtschaftswachstum und Beschäftigung betrifft.

Sie werden in unserem Text sehen, dass wir dies als "wachstumsfreundliche Konsolidierung und beschäftigungsfreundliches Wachstum" bezeichnet haben.

Was ist damit gemeint?

Die Defizite müssen massiv verringert werden, nicht aber unsere Investitionen in die Zukunft.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen muss gesteigert werden, und gleichzeitig muss es für sie attraktiver werden, neue Arbeitskräfte einzustellen.

P R E S S E

Dirk De Backer - Sprecher des Präsidenten - ☎ +32 (0)2 281 9768 - +32 (0)497 59 99 19
Jesús Carmona - Stellvertretender Sprecher des Präsidenten - ☎ +32 (0)2 281 9548 / 5150 - +32 (0)475 65 32 15
press.president@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/>

EUCO 15/12

1
DE

Wir haben uns auf drei Prioritäten konzentriert:

Erste Priorität: die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere für junge Menschen. Wir müssen den jungen Frauen und Männern in Europa helfen, einen Platz auf dem Arbeitsmarkt zu finden.

In der vergangenen Woche habe ich ein Schreiben des Europäischen Jugendforums erhalten, aus dem ich folgenden Satz zitieren möchte: "Was junge Menschen in Zeiten der Krise und der Sparpolitik brauchen, sind keine schönen Worte, sondern handfeste Investitionen."

Das stimmt. Darum haben wir beschlossen, EU-Mittel zu verwenden, um Lehrstellenprogramme einzurichten und jungen Unternehmern Starthilfe zu geben.

Beschäftigungspolitische Impulse zu geben, ist größtenteils Sache der einzelnen Länder, einiges können wir aber auch gemeinsam – als Union – bewirken, und das werden wir tun.

Zweite Priorität: Kleine und mittlere Unternehmen müssen leichter Zugang zu Krediten erhalten, indem beispielsweise verfügbare EU-Mittel zur Unterstützung von Arbeitgebern freigesetzt werden und der hohe Verwaltungsaufwand reduziert wird.

Dritte Priorität: der Binnenmarkt. Wir sind entschlossen, die Hindernisse, die seiner Vollendung noch entgegenstehen, aus dem Weg zu räumen — beispielsweise durch Abschluss der Arbeiten zum digitalen Binnenmarkt und zum Energiebinnenmarkt. Priorität müssen die Maßnahmen haben, durch die Wachstum und Beschäftigung am stärksten stimuliert werden.

Diese Tagung des Europäischen Rates ist ein Baustein im Europäischen Semester und ein Wegbereiter für die Tagungen im März und Juni. Insgesamt können wir mit unseren Beschlüssen einen entscheidenden Unterschied bewirken. Für junge Menschen den Unterschied zwischen Arbeitslosigkeit und einem ersten Arbeitsplatz. Für kleine Unternehmen den Unterschied, nicht zu Entlassungen gezwungen zu sein, sondern Personal einstellen zu können. ... Ziel ist es, Perspektiven zu eröffnen, Hoffnung zu geben.

Der zweite wichtige Punkt auf unserer heutigen Tagesordnung betraf unsere fortgesetzten Arbeiten im Hinblick auf die Stabilität des Euro-Raums. Wir haben große Fortschritte dabei erzielt, die Krise zu überwinden und unsere Volkswirtschaften enger in einen solideren Rahmen einzubinden.

Lassen Sie mich vier Elemente nennen:

Erstens: Wir haben den finanzpolitischen Pakt, einen Vertrag über die Stabilität und Konvergenz in der Wirtschafts- und Währungsunion, vereinbart und gebilligt. Die Staats- und Regierungschefs der 17 Euroländer sowie derjenigen Nicht-Euroländer, die sich anschließen möchten, werden ihn auf unserer nächsten Tagung im März unterzeichnen. In dem Vertrag geht es vor allem um mehr Verantwortung und bessere Überwachung. Jedes Land, das ihn unterzeichnet, verpflichtet sich dazu, in seiner eigenen Gesetzgebung eine "Schuldenbremse" oder "goldene Haushaltsregel" zu verankern, und wird dies auf Verfassungsebene oder auf einer gleichwertigen Ebene tun. Durch neue Abstimmungsregeln und einen automatischen Korrekturmechanismus kann wirksamer für die Einhaltung des Vertrags gesorgt werden. 25 Mitgliedstaaten werden ihn unterzeichnen, d.h. alle mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und der Tschechischen Republik. Der Vertrag wird in Kraft treten, sobald er von 12 Euroländern ratifiziert wurde.

Zweitens: Wir haben die Einigung der 17 über den Vertrag für den Europäischen Stabilitätsmechanismus gebilligt. Wir rufen die Finanzminister auf, den Vertrag in der nächsten Sitzung der Euro-Gruppe zu unterzeichnen, damit er ab Juli 2012 wirksam werden kann. Das baldige Inkrafttreten dieses ständigen Schutzmechanismus wird Ansteckungen im Euro-Raum verhindern und weiter dazu beitragen, das Vertrauen wiederherzustellen.

Drittens: Wie im Dezember vereinbart, werden wir im März erneut bewerten, ob die Mittel im Rahmen der Rettungsfonds EFSF und ESM angemessen sind. – Und das wird schon in weniger als fünf Wochen der Fall sein, denn unser nächster Gipfel findet am 1. März statt.

Schließlich viertens: Was Griechenland betrifft, so begrüßen wir die Fortschritte in den Verhandlungen mit dem privaten Sektor. Wir rufen die griechischen Behörden und die Troika auf, sich auf die nötigen Schritte zu einigen, um das derzeitige Programm wieder auf Kurs zu bringen. Wir fordern die Finanzminister nachdrücklich auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Vereinbarung über die Beteiligung des privaten Sektors umzusetzen und das neue Programm bis zum Ende der Woche anzunehmen, damit genügend Zeit bleibt, um die Beteiligung des privaten Sektors bis Mitte Februar in Gang zu setzen.

Letzter Punkt Auch wenn dies heute kein offizieller Tagesordnungspunkt war, haben wir uns kurz mit den Außenbeziehungen befasst. Da ich hierzu eine gesonderte Presseerklärung abgegeben habe, möchte ich nur die drei erörterten Punkte erwähnen. Wir haben die von den Außenministern in der vergangenen Woche beschlossenen restriktiven Maßnahmen gegen Iran, einschließlich eines Ölembargos, gebilligt. Wir haben unsere Empörung über die Gräueltaten und Repressionen des syrischen Regimes zum Ausdruck gebracht und die Mitglieder des VN-Sicherheitsrats nachdrücklich aufgefordert, die längst überfälligen Schritte zu ergreifen, um den Repressionen ein Ende zu setzen.

Und – um nicht zu vergessen, dass es auch gute Nachrichten gibt – wir haben den von der Regierung von Birma/Myanmar eingeschlagenen Weg der friedlichen Reform begrüßt und unsere Unterstützung dieses Kurses signalisiert.